



19.039

**Beschaffung
neuer Kampfflugzeuge.
Bundesbeschluss**

**Acquisition
de nouveaux avions de combat.
Arrêté fédéral**

Differenzen – Divergences

CHRONOLOGIE

STÄNDERAT/CONSEIL DES ETATS 24.09.19 (ERSTRAT - PREMIER CONSEIL)
NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 09.12.19 (ZWEITRAT - DEUXIÈME CONSEIL)
STÄNDERAT/CONSEIL DES ETATS 12.12.19 (DIFFERENZEN - DIVERGENCES)
NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 16.12.19 (DIFFERENZEN - DIVERGENCES)
STÄNDERAT/CONSEIL DES ETATS 17.12.19 (DIFFERENZEN - DIVERGENCES)
NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 18.12.19 (DIFFERENZEN - DIVERGENCES)
NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 19.12.19 (DIFFERENZEN - DIVERGENCES)
STÄNDERAT/CONSEIL DES ETATS 19.12.19 (DIFFERENZEN - DIVERGENCES)
NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 20.12.19 (SCHLUSSABSTIMMUNG - VOTE FINAL)
STÄNDERAT/CONSEIL DES ETATS 20.12.19 (SCHLUSSABSTIMMUNG - VOTE FINAL)

**Bundesbeschluss über die Beschaffung neuer Kampfflugzeuge
Arrêté fédéral relatif à l'acquisition d'avions de combat**

Art. 2 Bst. b

Antrag der Mehrheit

b. ... müssen 80 Prozent des Vertragswertes durch die Vergabe von Aufträgen in der Schweiz (Offsets) kompensieren, nämlich 20 Prozent durch direkte Offsets und 40 Prozent durch indirekte Offsets im Bereich der sicherheitsrelevanten Technologie- und Industriebasis sowie 20 Prozent indirekte Offsets bei folgenden Industriebereichen:

1. Maschinenindustrie
2. Metallindustrie
3. Elektronische und elektrotechnische Industrie
4. Optische Industrie
5. Uhrenindustrie
6. Fahrzeugbau-/Waggonbau-Industrie
7. Gummi- und Plastikerzeugnisse
8. Chemische Erzeugnisse
9. Luft- und Raumfahrt
10. Informatikindustrie/Software-Engineering
11. Kooperationen mit Hochschulen und Forschungseinrichtungen.

Der Bundesrat stellt bei den Kompensationsgeschäften sicher, dass folgender Verteilschlüssel zwischen den Regionen weitestmöglich eingehalten wird: 65 Prozent Deutschschweiz, 30 Prozent Westschweiz, 5 Prozent italienischsprachige Schweiz.

Antrag der Minderheit

(Rieder, Gmür-Schönenberger, Maret Marianne)
Zustimmung zum Beschluss des Nationalrates



**Art. 2 let. b***Proposition de la commission*

b. ... doivent compenser 80 pour cent de la valeur contractuelle par l'octroi de mandats en Suisse (affaires compensatoires), dont 20 pour cent directement, 40 pour cent indirectement dans le domaine de la base technologique industrielle en lien avec la sécurité et 20 pour cent indirectement dans les domaines industriels suivants:

1. Industrie des machines
2. Industrie de la métallurgie
3. Industrie de l'électronique et de l'électrotechnique
4. Industrie optique
5. Industrie horlogère
6. Industrie de la construction de véhicules/wagons
7. Industrie en caoutchouc et matières synthétiques

AB 2019 S 1134 / BO 2019 E 1134

8. Produits chimiques
9. Secteur aéronautique et spatial
10. Industrie de l'informatique/Software-Engineering
11. Coopérations avec des hautes écoles et des instituts de recherche.

Le Conseil fédéral s'assure autant que possible de la répartition des affaires compensatoires dans les régions: 65 pour cent en Suisse alémanique, 30 pour cent en suisse romande et 5 pour cent en suisse italienne.

Proposition de la minorité

(Rieder, Gmür-Schönenberger, Maret Marianne)

Adhérer à la décision du Conseil national

Dittli Josef (RL, UR), für die Kommission: Wir befinden uns mit diesem Geschäft in der ersten Runde der Differenzbereinigung. Der Bundesrat unterbreitete dem Parlament am 26. Juni dieses Jahres die Botschaft zu einem sogenannten Planungsbeschluss über die Beschaffung neuer Kampfflugzeuge bis 2030. Der Ständerat folgte dem Bundesrat in der vergangenen Herbstsession, mit Ausnahme der Offset-Geschäfte: Hier entschied er sich auf Antrag unserer Kommission für 100 Prozent statt, wie vom Bundesrat vorgeschlagen, 60 Prozent. Zudem nannte er explizit die von den indirekten Offsets betroffenen Branchen und schrieb einen Schlüssel für die Verteilung auf die Regionen in den Planungsbeschluss.

Der Nationalrat beschloss nun letzten Montag analog zur Vorlage des Bundesrates 60 Prozent Offset-Geschäfte, nämlich 20 Prozent durch direkte und 40 Prozent durch indirekte Offsets. Damit hat er eine Differenz zum Ständerat geschaffen. Beim Schlüssel zur Verteilung auf die Regionen folgt er hingegen dem Ständerat.

Schon in der Herbstsession, als wir dieses Geschäft das erste Mal berieten, liess sich der Ständerat vor allem von zwei Überlegungen leiten. Es ging erstens um regionalpolitische Überlegungen aus der Sicht der Westschweiz. Schon damals hatten wir einen Brief der Westschweizer Volkswirtschaftsdirektorenkonferenz erhalten, die befürchtete, dass Westschweizer Unternehmen diskriminiert oder benachteiligt werden könnten, wenn die Geschäfte nur zu 60 Prozent und nur im rüstungsrelevanten Bereich kompensiert würden. Deshalb forderten sie schon damals 100 Prozent. Sie befürchteten auch – und das ist das zweite, das staatspolitische Argument –, dass nachher für das Mittragen des Projekts bei einer allfälligen Abstimmung Nachteile entstehen könnten, wenn nicht auch in der Westschweiz wirklich etwas hängenbleibt, und zwar etwas Substanzielles. Das waren zwei Hauptgründe, die damals im Ständerat genannt wurden. Dazu kamen andere, die ich jetzt, bei dieser Gelegenheit, nicht wiederholen möchte.

Wir haben uns heute in der Kommission damit befasst, dass der Nationalrat ganz klar bei 60 Prozent bleiben wollte. Für die Kommission war bald klar: Ein Festhalten an 100 Prozent kommt nicht infrage. Die Kommission diskutierte dann zwei Anträge, die praktisch gleich waren, nämlich ein Absenken der Kompensation auf 80 Prozent. Doch im Rahmen der Ausgestaltung gab es Unterschiede. Herr Kollege Français, der sich dort sehr stark engagierte, hat eine andere Aufteilung von direkten und indirekten Offsets vorgeschlagen. Dies wurde diskutiert und der Fassung, wie wir sie im Ständerat beschlossen hatten, gegenübergestellt.

Wir haben uns dann wiederum mit den Argumenten auseinandergesetzt. Wie Sie alle hat auch die Kommission über Nacht wiederum einen Brief der Westschweizer Volkswirtschaftsdirektorenkonferenz erhalten, die nochmals ihre Argumente dargelegt hat und aufgrund der genau gleichen Überlegungen noch einmal eindringlich darauf hingewiesen hat, dass man möglichst 100 Prozent, aber sicher mehr als 60 Prozent kompensieren



solle. Einerseits hat sie das aufgrund der Befürchtung getan, dass die Westschweiz diskriminiert und benachteiligt werden könnte, wenn es um Aufträge im Rahmen der Kompensationsgeschäfte geht, andererseits aus staatspolitischen Überlegungen. Ich zitiere zwei Sätze aus diesem Brief: "Durch seinen Entscheid, die Offset-Geschäfte auf 60 Prozent des gesamten Vertragswertes zu senken, unterschätzt der Bundesrat zudem das hohe politische Risiko im Zusammenhang mit einer Volksabstimmung. Ohne Aussicht auf eine wirtschaftliche Beteiligung an den milliardenschweren Investitionen werden wichtige Teile der Industrie die Beschaffungsvorlage kaum aktiv unterstützen." Dies ist eine kurze Passage aus diesem Brief.

Die Mehrheit der Kommission möchte nun einen Kompromiss anbieten. Diesen Kompromiss können Sie auf der Fahne sehen: eine Kompensation von 80 Prozent. Es sind nicht 100 Prozent, wie vom Ständerat beschlossen, es sind aber auch nicht 60 Prozent, wie es der Bundesrat gerne möchte. Es sind 80 Prozent nach dem genau gleichen Regime, wie wir es in der ersten Beratung beschlossen haben. Aber es ist festgeschrieben, dass 80 Prozent des Vertragswertes kompensiert werden müssen. Das heisst: 20 Prozent direkt, 40 Prozent indirekt in rüstungsrelevanten Bereichen, 20 Prozent gemäss der Offset-Policy des Bundesrates über die Bereiche der sicherheitsrelevanten Technologie- und Industriebasis hinaus.

Die Mehrheit empfiehlt Ihnen, diesem Antrag zuzustimmen. Wir haben eine Minderheit, die dem Nationalrat zustimmen will. Sie wird sich nachher sicher auch noch melden. Aber ich glaube, hier wird nun wirklich ein Kompromiss vorgeschlagen, bei dem für alle irgendetwas herauskommt, bei dem alle irgendwie zufrieden sein können, ohne gerade 100 Prozent dessen zu erreichen, was sie eigentlich erreichen möchten. Die Mehrheit der Kommission bietet hier also Hand zu einem Kompromiss.

Ich bitte Sie, der Mehrheit zuzustimmen.

Rieder Beat (M, VS): Ich habe das Vergnügen, hier in diesem Saal für die Minderheitsposition zu sprechen, und trete damit in die Fussstapfen von Kollege Isidor Baumann, der dieses Geschäft in diesem Saal im Herbst vertreten hat. Wir Gebirgskantonsvertreter haben gerne Kampfflieger, aber wir haben gerne Kampfflieger, die fliegen, und nicht solche, die am Boden bleiben und in einer Volksabstimmung hängenbleiben. Daher wünschte ich mir, dass der Rat in diesem Saal ein klares und starkes Signal für die Beschaffung unseres Kampfflugzeuges gibt, und zwar ein Signal, mit dem er diese Differenz zum Nationalrat ausräumt und der Bevölkerung mitteilt: Wir wollen diesen Kampfflieger, wir wollen dieses Rüstungsgeschäft wirklich vertreten. Wir wollen auch eine gemässigte Industrieförderung, aber nicht eine Industrieförderung, die ins Unbegrenzte und ins ordnungspolitisch nicht Haltbare geht.

Die Variante der Minderheit heisst nicht, dass wir unsere Industrie vergessen, dass wir sie nicht unterstützen, sondern sie heisst, dass wir sie zwar weniger stark unterstützen, aber immer noch mit Zahlen, die beeindruckend sind. Wenn Sie die Industrieprogramme für die nächsten zehn Jahre anschauen – nach dem Minderheitsantrag, dem Beschluss des Nationalrates, dem Entwurf des Bundesrates –, dann sehen Sie: Es würde in der Schweiz immer noch für 15 Milliarden Franken Industrieförderung betrieben, d. h. für 1,5 Milliarden Franken pro Jahr. Davon können andere Wirtschaftssektoren nur träumen.

Es wäre ordnungspolitisch ein Sündenfall, hier höher zu gehen als 60 Prozent, und es schadete insgesamt der Glaubwürdigkeit dieser Vorlage. Wenn Sie nur deshalb für den Kampfflieger sind, weil Sie 100 Prozent Aufträge erhalten, dann stehen Sie nicht hinter dieser Vorlage. Dann machen Sie einfach ein Gegengeschäft. Die Minderheit ist für dieses Rüstungsgeschäft und möchte eben, dass diese Signale in einer Volksabstimmung auch so rübergebracht werden können, um hier nicht eine Flanke zu öffnen, die der Glaubwürdigkeit der Beschaffung schadet.

Wenn Sie Artikel 2 Buchstabe b und den Titel des Artikels lesen, dann sehen Sie bereits diesen Widerspruch zwischen dem eigentlichen Ziel der Rüstungsvorlage und einer Industrieförderung, die von der Maschinenindustrie über die optische Industrie bis zur Gummi- und Plastikerzeugnis-Industrie und zuletzt noch zur Kooperation mit Hochschulen und Forschungseinrichtungen geht. Das führt zu weit. Wir wollen auch Industrieförderung, 60 Prozent Offsets sind aber mehr als genug. Sie müssen, falls Sie der Mehrheit zustimmen, damit rechnen, dass auch andere Wirtschaftssektoren

AB 2019 S 1135 / BO 2019 E 1135

erkennen, dass man hier in diesem Parlament Industrieförderung betreiben kann, und zwar mit jährlichen Beträgen in Milliardenhöhe. Das ist meines Erachtens kein gutes Zeichen.

Ich bitte Sie daher, der Minderheit zuzustimmen.

Jositsch Daniel (S, ZH): Wir können lange über verschiedene Studien diskutieren, aber es entspricht der ökonomischen Logik, dass Offset-Geschäfte erstens per se eine ordnungspolitisch unzulässige Verknüpfung zweier Bereiche darstellen und zweitens das Geschäft verteuern. Wenn Sie die Dimension des Geschäftes



anschauen, sehen Sie: Ob jetzt eine Verteuerung von etwa 5 Prozent vorliegt oder sogar eine von bis zu 20 Prozent – je nach Studien, die Sie zitieren möchten –, es handelt sich um gewaltige Beträge. Insofern muss ich Ihnen sagen, dass ich eigentlich der Meinung bin, dass null Prozent Offset das Richtige wäre. Aber es ist illusorisch, so etwas vorzuschlagen. Insofern ist die Frage nur noch, in welcher Höhe wir die Offsets nun festlegen. Das heisst, wir befinden uns eigentlich in einem Bereich, wo es nur noch eine politische und nicht mehr eine wirtschaftliche Überlegung gibt.

Politisch befinden wir uns in der Situation, dass dieser Rat vor wenigen Wochen 100 Prozent festgelegt hat. Der Nationalrat und der Bundesrat liegen bei 60 Prozent. Insofern würde das durchaus Sinn machen. Ich habe absolutes Verständnis für die Position, die Herr Rieder hier ausgeführt hat. Wir müssen aber dafür sorgen, dass wir schlussendlich auf eine Kompromissvariante einspielen können. Herr Dittli hat gesagt, ein guter Kompromiss liege dann vor, wenn alle zufrieden seien. Meine Erfahrung hingegen ist – und das wurde mir auch immer gesagt –, dass ein guter Kompromiss dann besteht, wenn alle unzufrieden sind. Ich kann Ihnen sagen: Ich bin unzufrieden. Ich bin unzufrieden mit 60 Prozent, ich bin unzufrieden mit 80 Prozent, und ich bin noch unzufriedener mit 100 Prozent. Insofern kann ich mich auf die Kompromissvariante von Herrn Dittli einlassen und werde die 80 Prozent, also den Mehrheitsantrag der Kommission, unterstützen.

Wicki Hans (RL, NW): Ich muss noch eine kleine Korrektur zum Votum von Kollege Rieder anbringen: Es ist natürlich schon so, dass in den nächsten zehn Jahren 15 Milliarden Franken an Investitionen geplant sind. Aber wenn die Minderheit obsiegen würde, wären es nicht 1,5 Milliarden Franken pro Jahr, sondern in den nächsten zehn Jahren 60 Prozent von 15 Milliarden, also 9 Milliarden, und das würde dann, auf zehn Jahre gerechnet, 0,9 Milliarden Franken pro Jahr an Kompensationsgeschäften ausmachen.

Kollege Jositsch hat natürlich recht, Offset-Geschäfte verteuern das Grundgeschäft, da sind wir uns alle einig. Ich muss Ihnen aber einfach sagen: Die letzten 20 Prozent, die von der Mehrheit jetzt noch vorgeschlagen werden, verteuern das Geschäft praktisch nicht mehr. Die grosse Verteuerung erfolgt aufgrund der ersten 20 Prozent, dem direkten Offset-Geschäft, da sind wir uns alle einig, das haben wir im Herbst auch intensiv miteinander besprochen.

Das Wichtigste müsste im Prinzip für uns sein, dass wir den Fokus nicht verlieren. Mit dem Fokus meine ich, dass wir eine Volksabstimmung durchlaufen müssen. Ich hoffe, dass wir sie im positiven Sinne durchlaufen und am Ende nicht einen Papierflieger haben, der nicht fliegen kann, sondern einen Flieger erhalten, der dann auch in die Luft steigen kann. Wenn wir diese Volksabstimmung im Fokus haben, dann sollten wir uns schon bewusst sein, dass wir nicht einfach so 80 Prozent der Wirtschaft aussen vor lassen können. Sonst haben wir dann vor der Volksabstimmung argumentativ ein "kleineres" Problem, wenn wir erklären müssen, wieso wir das so gemacht haben.

Notabene fällt die Volksabstimmung vielleicht sogar in eine Zeit, in der es in der Schweiz nicht mehr nur prosperierende Unternehmen gibt, sondern auch kränkelnde Unternehmen, in denen Stellen gefährdet sind. Es wird dann schon ein etwas komisches Bild abgeben, wenn wir ein Rüstungsprogramm genehmigen, das ein Wirtschaftsförderungspaket beinhaltet – das machen alle anderen Staaten auch, da sind wir nicht die Einzigen –, bei diesem Paket aber 80 Prozent der Wirtschaft aussen vor lassen. Aus diesem Grund bin ich überzeugt, dass wir mit dem Antrag der Mehrheit, mit den 80 Prozent, einen guten Kompromiss haben.

Ich bitte Sie, der Mehrheit zuzustimmen.

Français Olivier (RL, VD): Permettez-moi de dresser quand même un petit historique des affaires compensatoires et d'expliquer leur usage. Selon les principes et la stratégie du Conseil fédéral dans le domaine des acquisitions militaires, l'obligation de passer des contrats compensatoires, ce qu'on appelle "offsets", se décompose en trois parties: 20 pour cent de contrats sont directement liés aux biens d'armement que nous achetons – c'est ce qu'on appelle les compensations directes; 40 pour cent des contrats portent sur des biens relevant du domaine de la défense et de la sécurité – c'est ce qu'on appelle les compensations indirectes; 40 pour cent des contrats portent sur les biens dans des secteurs à caractère civil – c'est ce qu'on appelle la compensation indirecte civile.

Qu'est-ce qu'on lit dans le projet de loi? On lit – et c'est ce que défend la minorité, à savoir la version du Conseil fédéral – que 40 pour cent doivent être compensés indirectement dans la base technologique industrielle en lien avec la sécurité. Dans le texte qui est proposé, on supprime l'usage des contrats portant sur des biens de compensation dans des secteurs à caractère civil. C'est pour cela qu'est inscrite la liste des onze industries; c'est pour justement éviter que, demain, on nous supprime la possibilité d'avoir des mesures compensatoires dans l'industrie à caractère civil. C'est très important.

Je comprends le raisonnement, Madame la conseillère fédérale. Il est clair que si on en restait à une base



d'affaires compensatoires qui représenterait 60 pour cent de la valeur contractuelle, je partagerais votre avis, parce qu'on est spécifiquement dans le domaine de la défense et de la sécurité. Or notre industrie de pointe, comme le considérait jusqu'à présent le Conseil fédéral, n'est pas limitée à ces secteurs. C'est pour cela que notre commission – et c'est ce que notre conseil a voté – a retenu cette fameuse liste des différents domaines industriels dont il faudrait tenir compte, cela afin que soient bien spécifiés quels secteurs de l'industrie civile peuvent bénéficier des affaires compensatoires. Compte tenu de notre décision, que nous dit l'industrie? Elle affirme très clairement qu'elle a les capacités d'honorer les contrats. Elle dit même pouvoir assumer un marché qui correspondrait à 100 pour cent d'affaires compensatoires.

Pour ma part, j'ai suivi la recommandation du Conseil fédéral et, depuis le début, je soutiens une part d'affaires compensatoires qui s'élèverait à 80 pour cent, ce que certains appellent aujourd'hui "le compromis". Pour être parfaitement libéral, on aurait dû accepter ma proposition de base consistant à dire que l'industrie, au sens large, a les moyens d'honorer les contrats liés aux affaires compensatoires. C'est le compromis trouvé ce matin en commission, sur la base d'une proposition Dittli, qui vous est soumis.

Soyons cohérents. Dans tous les débats, le principe selon lequel le Conseil fédéral a pour mission de répartir autant que possible les affaires compensatoires dans les régions a été accepté. Or, le secteur industriel orienté vers la sécurité dépend essentiellement, l'histoire le démontre, des activités militaires. La Suisse romande a, sur ce plan, joué un faible rôle, c'est le bilan qu'on peut tirer. Si l'on fait abstraction des contrats industriels civils, on constate une discrimination relativement importante sur le plan des affaires compensatoires. Par conséquent, il est nécessaire de garder de la cohérence dans l'attribution des affaires compensatoires en fonction de ce que le Conseil fédéral a admis jusqu'à présent. Malheureusement, cela ne figure ni dans le projet ni dans la proposition de la minorité Rieder, j'insiste sur point. Il faut s'assurer que, demain, nos industries pourront profiter des affaires compensatoires.

J'en viens au deuxième point, à ces fameux 15 milliards de francs: Madame la conseillère fédérale, ils ne sont pas votés. Pour le moment, on en est à 6 milliards de francs.

Il est clair que l'on a cet objectif; la partie de l'échiquier politique à laquelle j'appartiens, en particulier, a très clairement déclaré qu'elle allait vous soutenir dans ces achats futurs. Mais quoi qu'il en soit, le crédit n'a pas encore été voté. Donc,

AB 2019 S 1136 / BO 2019 E 1136

ne vendons pas la peau de l'ours avant de l'avoir tué, travaillons par étapes!

Nous avons 6 milliards de francs. Notre revendication – et celle de la Suisse romande en particulier – est que l'industrie civile bénéficie d'affaires compensatoires et que celles-ci ne soient pas exclusivement réservées au domaine de la sécurité. Cela s'appelle le libéralisme et cela permettra aussi aux uns comme aux autres de développer leurs activités et d'avoir de la créativité par rapport au marché concurrentiel qui se développera suite au contrat attribué au futur avionneur.

Je vous recommande vivement de soutenir la proposition de la majorité.

Amherd Viola, Bundesrätin: Ich wollte nicht mehr viel sagen; wir konnten schon mehrfach über diese Frage der Offset- und Kompensationsgeschäfte diskutieren. Ich möchte aber jetzt doch zwei, drei Punkte festhalten, um die Kirche wieder in den Ort zu stellen.

Wir befinden uns hier in einem Geschäft der Sicherheitspolitik, der Rüstung. Es geht darum, die Bevölkerung vor Gefahren aus dem Luftraum zu schützen. Dafür müssen wir neue Kampfflugzeuge kaufen, das beinhaltet auch dieser Planungsbeschluss. Der Grundsatz ist in beiden Räten unbestritten, und dafür bin ich im Interesse der Sicherheit der Schweizer Bevölkerung dankbar und froh.

Nun ist die Frage der Offset-Geschäfte ein Nebenthema in diesem Planungsbeschluss. Im Kern sollen die Offset-Geschäfte natürlich auch die Sicherheit der Bevölkerung erhöhen. Deshalb sprechen wir von direkten und indirekten Offsets, die für die relevante Basis der Sicherheitsindustrie wichtig sind. Wir müssen im Bereich der Rüstungstechnologie Know-how in unserem Land behalten, damit wir unsere Systeme auch warten und betreiben können. Die Offsets sind dafür gedacht, diese Industrie zu stärken, die uns garantiert, dass wir unsere Systeme warten können. Bei den Offset-Geschäften geht es weder um Staatspolitik noch um Regionalpolitik, noch um Industriepolitik. Wir befinden uns hier im Bereich der Sicherheitspolitik, das muss ich klar festhalten. Deshalb kann man sagen, dass 60 Prozent Offsets – 20 Prozent direkte, 40 Prozent indirekte – für diese relevante Industriebasis korrekt sind. Damit können wir erreichen, dass wir das für die Rüstungssysteme nötige Know-how in unserem Land behalten können.

Zu dem, was darüber hinausgeht: Ich verstehe natürlich auch, dass die Industrie und die Kantone sich für darüber hinausgehende Aufträge einsetzen. Es ist schön, wenn man vom Staat garantierte Aufträge bekommt,



da habe ich nichts dagegen. Man kann auch für eine Industriepolitik oder für eine Regionalpolitik sein. Da bin ich bereit, darüber zu diskutieren, aber korrekt, offen, transparent und ehrlich unter diesem Titel und nicht unter dem Titel der Rüstung. Darum geht es mir.

Wenn wir von "liberal" sprechen: Offsets stellen einen Eingriff in die liberale Wirtschaftsordnung dar. Darum gibt es auch viele Länder, die überhaupt keine Offsets machen. Mit 60 Prozent haben wir einen aus meiner Sicht vernünftigen, praktikablen und korrekt umsetzbaren Antrag. Was darüber hinausgeht, wird schwierig, insbesondere weil wir über ein sehr hohes Investitionsvolumen sprechen.

Hier muss ich auf die Äusserung von Herrn Ständerat Wicki eingehen: Wenn Herr Ständerat Rieder sagt, dass wir von 15 Milliarden Franken Investitionsvolumen in zehn Jahren sprechen, dann stimmt das schon. Die 15 Milliarden Franken sind das Investitionsvolumen, aber die 60 Prozent Offsets gelten nicht in Bezug auf diese 15 Milliarden Franken. Der Bundesrat hat nur für die Kampfflugzeuge 60 Prozent Offsets beschlossen, d. h. für 6 Milliarden Franken. Bei Bodlup sind es 2 Milliarden Franken, da bleiben wir bei 100 Prozent Offset. Auch bei den 7 Milliarden Franken Rüstungsbeschaffungen, die ausserhalb von Air 2030 erfolgen, sind es 100 Prozent Offset. Wir sprechen also von einem Investitionsvolumen von 15 Milliarden Franken in zehn Jahren – 1,5 Milliarden Franken pro Jahr.

Herr Ständerat Français hat gesagt, dass wir die zusätzlichen 7 Milliarden noch nicht beschlossen hätten, sondern nur die 6 Milliarden Franken. Ich möchte klar festhalten: Wir haben die 6 Milliarden Franken noch nicht, es gibt erst noch eine Volksabstimmung, die ich im Interesse der Sicherheit unserer Bevölkerung zu gewinnen hoffe. Darum müssen wir sauber ausweisen können, was wir ausgeben, und auch, dass wir die Gelder, die für die Rüstungspolitik gedacht sind, tatsächlich für die Sicherheit unserer Bevölkerung einsetzen, nicht für eine weitergehende Industriepolitik, für welche ich zwar Verständnis habe, die aber hier am falschen Ort platziert wäre. Mehr möchte ich dazu nicht sagen. Wir konnten uns schon mehrfach über dieses Thema unterhalten.

Ich bitte Sie aufgrund dieser Argumente, der Minderheit Ihrer Kommission zu folgen und damit die Differenz zum Nationalrat auszuräumen.

Abstimmung – Vote

Für den Antrag der Mehrheit ... 26 Stimmen

Für den Antrag der Minderheit ... 14 Stimmen

(4 Enthaltungen)

Präsident (Stöckli Hans, Präsident): Das Geschäft geht damit zurück an den Nationalrat und sucht einen Landeplatz. *(Heiterkeit)*